

Helmut Ettinger

Zur Gründung der Partei der Europäischen Linken (EL)

Europa wächst zusammen. Am 1. Mai 2004 ist nach langen Geburtswehen aus der alten Europäischen Union der Fünfzehn die EU der Fünfundzwanzig geworden. Kaum jemand zweifelt daran, dass 2007 Rumänien und Bulgarien die nächsten Mitglieder sind. Die Türkei bleibt als Anwärterin im Gespräch, und sollten die deutschen Konservativen in noch so schrillen Tönen den Untergang des christlichen Abendlandes prophezeien.

Die Einigung des Kontinents wurde über Jahrzehnte durch einen Doppelprozess vorangetrieben. Zum einen war es der Versuch, die Lehren aus der Geschichte der beiden Weltkriege zu ziehen, die von Europa ausgingen. Aus dem antifaschistischen Widerstand ging auch eine starke Bewegung zur Einigung Europas hervor. Auch die herrschenden Eliten hatten erkannt, dass ohne eine grundlegende Veränderung insbesondere der Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich ein dauerhafter Friede in Europa unmöglich ist. Es ist ein Europa entstanden, dessen Mitglieder, einst „Erbfeinde“, seit fast sechzig Jahren keinen Krieg mehr gegeneinander geführt haben. Zugleich war die Einigung Europas auch ein Projekt des Kapitals. Die EU der liberalisierten Märkte und des gemeinsamen Militärs trägt seine Handschrift.

Die wirtschaftliche Globalisierung unter neoliberalen Vorzeichen, die Rückkehr des Krieges als fast selbstverständliches Mittel der Politik, initiiert von den heute Herrschenden der USA, sind an Europa nicht spurlos vorüber gegangen. Auch in der Verfassung der EU, einem für die Vertiefung der Integration in der erweiterten Union notwendigen Dokument, erhalten zum einen wesentliche Grundrechte Verfassungsrang und werden demokratische Elemente der EU ausgebaut. Zugleich wird die bisherige Logik einer neoliberalen Wirtschaftspolitik, fortschreitenden Sozialabbaus sowie einer militarisierten Außen- und Sicherheitspolitik fortgeschrieben. Aufrüstung wird zur Verfassungspflicht.

Die Europäische Union prägt zunehmend den Alltag von Millionen Menschen. Dennoch ist sie vielen ihrer Bürgerinnen und Bürgern fremd geblieben. Gegen die Einebnung sozialer Standards, den Abbau von Arbeitnehmerrechten oder die Beteiligung von EU-Soldaten an Militäreinsätzen im Ausland regt sich zunehmend Widerstand bei linken Parteien, Gewerkschaften, sozialen und Friedensbewegungen.

Der fortschreitende Integrationsprozess, an dem sich mehr und mehr Länder des Kontinents beteiligen, ist für die politische Linke Chance und Herausforderung zugleich, den Kampf um eine andere Gesellschaft auf einer neuen Ebene zu führen. Die EU ist heute ein konkreter Handlungsraum, wo sie ihre gesellschaftlichen Lösungen anbieten, ihre Aktionen organisieren und um Mehrheiten kämpfen muss.

Warum die Gründung einer Partei der Europäischen Linken gerade jetzt?

Die europäische Linke ist in keiner guten Verfassung. In mehrere politische Familien aufgesplittet und vorwiegend auf nationale Kämpfe konzentriert, hat sie das Gesicht der europäischen Integration bisher kaum prägen können. Als Hauptursache ihrer Schwäche erweist sich mehr und mehr, dass es ihr an einer kohärenten, glaubhaften und praktikablen Alternative zum gegenwärtigen Kapitalismus in Europa fehlt, die über Formeln wie „eine von Ausbeutung freie Gesellschaft“ hinausgeht.

Die Alternative zur heutigen EU kann für die Linke nicht der Rückzug in die nationalen Quartiere sein. Die Linke muss ihr intellektuelles und politisches Potenzial zusammenführen, stimmigere Analysen vorlegen, überzeugendere Alternativen aufzeigen und druckvollere

Aktionen organisieren. Die Gründung der Partei der Europäischen Linken kann eine Chance sein, die Linke aus ihrer derzeitigen strategischen Defensive heraus zu führen.

In vielen Ländern Europas ist heute der Trend zu beobachten, nach dem Vorbild der USA Zwei-Parteien-Systeme von Konservativen und Sozialdemokraten zu schmieden, die nach und nach den ganzen politischen Raum besetzen, sich der großen Medien bemächtigen, dabei einander immer ähnlicher werden und die Maximen ihrer Politik als alternativlos hinstellen. Auch angesichts der Gefahr, in die Bedeutungslosigkeit gedrängt zu werden, muss die Linke um ihre Selbständigkeit als politische Kraft kämpfen, die national und international handlungsfähig bleibt. Dafür die Kräfte zu bündeln wird für die Linke überlebensnotwendig.

In der politischen Linken Deutschlands hat der Aufruf zur Gründung der EL viel Interesse, Zustimmung und neue Hoffnung ausgelöst. Gerade unter jüngeren politisch engagierten Menschen findet die Vorstellung, es könnte eine starke, einigefähige Kraft für den ganzen Kontinent entstehen, starke Resonanz.

Neben Interesse, Neugier und Verwunderung schlagen den Initiatoren des Projekts aus bestimmter linker Richtung allerdings auch offene Ablehnung, Angriffe und Unterstellungen entgegen. Besonders aggressiv geben sich Vertreter der Kommunistischen Partei Griechenlands. Argumente aus ihrer Zeitung *Rizospastis* werden in Publikationen verschiedener Länder und unterschiedlicher politischer Couleur immer wieder aufgewärmt. Der Hauptvorwurf lautet, die Gründung der Partei der Europäischen Linken sei eine geplante "Spaltungsaktion", um linke Parteien und Bewegungen in ihrem Widerstand gegen die EU zu entwaffnen.¹

Die Gründung der Partei der Europäischen Linken ist das Ergebnis eines langen Prozesses

Wer die historische Dimension der heute erreichten Qualität der Zusammenarbeit linker Parteien in Europa erfassen will, muss zumindest bis zu den Wendejahren 1989/90 zurück gehen. Das Scheitern des staatsozialistischen Modells löste eine Krise aus, die die internationale linke Bewegung viel tiefer und nachhaltiger erschüttert hat, als zunächst zu erkennen war. Allenthalben kam es zu Debatten um die ideologischen, politischen und organisatorischen Schlussfolgerungen aus dieser Niederlage und um neue Antworten. Sie führten zu Umstrukturierungen, Spaltungen und Neugründungen linker Parteien und Organisationen in vielen Ländern. Auch das Feld ihrer internationalen Zusammenarbeit sortierte sich neu.

1991 gründete eine Reihe reformkommunistischer, linkssozialistischer und rot-grüner Parteien das Forum der Neuen Europäischen Linken (NELF). Gemeinsam waren den Initiatoren dieses Netzwerks der Bruch mit dem Stalinismus und mit dem Modell der „Partei neuen Typs“, die kritische Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit, innerparteilicher Pluralismus und das Ziel eines demokratischen Sozialismus. Diese Kräfte sehen sich als kapitalismuskritische, antikapitalistische Linke, die eine Transformation der Gesellschaft aus ihrem heutigen Zustand heraus anstreben, die sich für Frieden, soziale Gerechtigkeit, die Verteidigung des Sozialstaates, die Umverteilung des Reichtums, für Widerstand gegen die neoliberale Globalisierung, für nachhaltige Entwicklung, für mehr Demokratie, für eine wirkliche Gleichstellung der Geschlechter, für ein offenes Europa vielfältiger Kulturen einsetzen. Diese Sicht auf gesellschaftliche Veränderung hat in dem Begriff der transformatorischen Linken Ausdruck gefunden.

¹ Siehe u. a. *Rizospastis*, 15. 2. 2004; *Junge Welt*, 8. 4. 2004; Fausto Sorini, *The Fragile Illusion of the "European Party"*, www.kominform.at

Die PDS ist seit 1995 Mitglied des NELF. Als Nachfolgepartei der führenden Kraft eines realsozialistischen Staates wurde ihr der Zugang nicht leicht gemacht. Voraussetzungen für ihre Akzeptanz in diesem Kreis waren a) eine gründliche und ehrliche Aufarbeitung der eigenen Geschichte, b) ein klares Bekenntnis zur Demokratie als Prinzip des innerparteilichen Lebens und gesellschaftlicher Veränderung sowie c) ein spürbarer Einfluss in der Gesellschaft. Diese Kriterien gelten bis heute für Parteien ähnlicher Herkunft aus den Staaten Mittel- und Osteuropas. Die Stärke des NELF ist die kontinuierliche Zusammenarbeit, in deren Verlauf ein starkes politisches Grundeinverständnis und Grundvertrauen zwischen den Parteien und ihren konkreten Vertretern gewachsen ist. Auf regelmäßigen halbjährlichen Treffen werden Informationen und Meinungen ausgetauscht, gemeinsame Positionen zu wichtigen Fragen europäischer Politik entwickelt, Verlautbarungen erarbeitet und gelegentlich gemeinsame Aktionen organisiert. Heute wirken im NELF 14 Mitglieds- und 4 Beobachterparteien zusammen.²

Die lockere, flexible Form des Netzwerks war – nach den Erfahrungen in der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung der Vorwendezeit – für viele damals und ist für manchen bis heute die unserer Zeit adäquate Art und Weise des Zusammenwirkens linker Kräfte. Andererseits haben gerade die Erfahrungen des NELF bei vielen Parteien mit der Zeit den Wunsch nach mehr Zusammenarbeit geweckt. Die *Idee*, das Projekt einer gemeinsamen europäischen Partei anzugehen, wurde *in diesem Kreis geboren*.

Nach den Europawahlen von 1994 schlossen sich die vorher bestehenden zwei Linksfraktionen im Europäischen Parlament (EP) zur Konföderalen Fraktion Vereinigte Europäische Linke (GUE) zusammen – ein nicht zu unterschätzender Fortschritt im Einigungsprozess der Linken. Mit dem EU-Beitritt Schwedens und Finnlands im Jahre 1995 kam als selbständiger Bestandteil die Nordische Grüne Linke, ein Zusammenschluss der Abgeordneten von Sozialistischer Volkspartei (SF – Dänemark), Linksbund (VAS – Finnland) und Linkspartei (VP – Schweden) hinzu. Die Fraktion nannte sich fortan GUE/NGL. Die konföderale Tendenz verstärkte sich mit der technischen Anbindung zweier französischer trotzkistischer Parteien, der Kommunistischen Revolutionären Liga (LCR) und Arbeiterkampf (LO), nach den Europawahlen von 1999. Zum Abschluss der laufenden Legislatur im Juni 2004 umfasste die Fraktion 49 Abgeordnete aus 14 Parteien und 10 Ländern. Dazu kamen Beobachter aus den Beitrittsländern Tschechien, Slowakei, Lettland und Zypern. Damit war die GUE/NGL die viertstärkste Kraft im EP nach den Fraktionen der Konservativen, Sozialisten und Liberalen, vor den Grünen. Die PDS stellte mit 6 Abgeordneten neben der Französischen Kommunistischen Partei (FKP) die größte Gruppe.

Die Fraktion GUE/NGL ist nun zwei Wahlperioden lang stabil tätig gewesen. Nach übereinstimmender Meinung der teilnehmenden Parteien soll sie, so die Wahlergebnisse das erlauben, in der nächsten Legislatur ihre erfolgreiche Arbeit fortsetzen.³

² Mitgliedsparteien des NELF sind gegenwärtig (in der alphabetischen Reihenfolge der Länder auf Deutsch):

Sozialistische Volkspartei (SF – Dänemark), PDS, Estnische Sozialdemokratische Partei der Arbeit (ESDTP), Linksbund (VAS – Finnland), Französische Kommunistische Partei (FKP), Bürgerbewegung (MdC – Frankreich), Koalition der Linken, der Bewegungen und der Ökologie (SYNASPISMOS – Griechenland), Partei der kommunistischen Wiedergründung (PRC – Italien), Partei der Italienischen Kommunisten (PdCI), Sozialistische Linkspartei (SV – Norwegen), Linkspartei (VP – Schweden), Partei der Arbeit der Schweiz (PdAS), Vereinigte Linke (IU – Spanien), Initiative für Katalonien/Grüne (IC/V – Katalonien/Spanien).

Beobachterstatus haben: Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ), Portugiesische Kommunistische Partei (PCP), Partei des Werktätigen Volkes (AKEL – Zypern) und die Fraktion Vereinigte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) im Europäischen Parlament.

³ Mitgliedsparteien der Fraktion GUE/NGL waren am Ende der Legislatur 1999-2004:

SF, PDS, VAS, FKP, Revolutionäre Kommunistische Liga (LCR – Frankreich), Arbeiterkampf (LO – Frankreich), SYN, Kommunistische Partei Griechenlands (KKE), Demokratisch-Soziale Bewegung (DIKKI – Griechenland), PRC, PdCI, Sozialistische Partei (SP – Niederlande), PCP und IU.

In den Jahren 1996-1998 trafen sich die Vorsitzenden einer Reihe europäischer Linksparteien drei Mal in Madrid und Berlin, um auf höchster Ebene gemeinsam europapolitische Positionen abzustecken. Diese von manchen Optimisten etwas voreilig „Madriдер Prozess“ getaufte Serie fand jedoch in den Folgejahren keine Fortsetzung. Auf dem Berliner Treffen am 5. Juni 1998 forderte der PDS-Vorsitzende Lothar Bisky, über neue Wege und Formen gemeinsamer politischer Arbeit jenseits von NELF und GUE/NGL nachzudenken. Diese Anregung stieß auf allgemeine Zustimmung. Damit wurde die *Idee* der Gründung einer Partei der Europäischen Linken *konkret ins Gespräch gebracht*.⁴

1999 arbeiteten 13 Linksparteien erstmals einen gemeinsamen Wahlaufzur zur Europawahl aus. Er wurde nach der Wahl zur inhaltlichen Grundlage für die Tätigkeit der erneuerten Fraktion GUE/NGL.⁵

Am Rande der NELF-Treffen von Kopenhagen im Juni 2002 und Paris im Januar 2003 wurden intensivere Gespräche über das Projekt der Gründung einer Partei der europäischen Linken geführt. Im März 2003 trat eine Initiativgruppe in Athen zusammen, die die Arbeit an einem Programm und einem Statut für die künftige EL aufnahm. Initiatoren waren die FKP, die Koalition der Linken, der Bewegungen und der Ökologie (SYNASPISMOS – Griechenland), die Partei der kommunistischen Wiedegründung (PRC – Italien), die PDS, die Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ), die Vereinigte Linke (IU – Spanien) und einige weitere Parteien. Die Initiativgruppe setzte ihre Arbeit über das ganze Jahr 2003 fort.

Für den 10. und 11. 1. 2004 lud die PDS nach Abstimmung mit der Initiativgruppe deren Mitglieder und eine Reihe weiterer Parteien zu einem Berliner Treffen ein. Dort wurde ein gemeinsamer Aufruf von 11 Parteien zur Gründung einer Partei der Europäischen Linken veröffentlicht, ein Programmwurf verabschiedet und ein Statutentwurf vorgestellt. Die Gastgeber hatten bewusst auch europäische Parteien zu dem Treffen eingeladen, deren abwartende bis skeptische Haltung zu dem Projekt bekannt war.⁶ Es fand ein lebhafter Meinungsaustrausch über die aktuellen Aufgaben der europäischen Linken und die adäquatesten Formen ihrer Umsetzung statt. Das Berliner Treffen kann aus heutiger Sicht als die *Initialzündung für den Gründungsprozess* angesehen werden, der nun eine neue Dynamik erhielt. Die starke Medienpräsenz bewirkte außerdem, dass das Vorhaben erstmals einer breiten europäischen Öffentlichkeit bekannt wurde. Bald darauf beschloss die Initiativgruppe auf einer Zusammenkunft am 7. und 8. 2. 2004 in Athen, den Gründungskongress der Partei der Europäischen Linken für den 8. und 9. Mai 2004 nach Rom einzuberufen. Diese Entscheidung konnte auch dadurch nicht verhindert werden, dass Athen just an jenem Wochenende in einer Schneekatastrophe versank und eine Reihe Teilnehmer den Tagungsort nicht erreichten. Sie stimmten per Internet zu.

Beobachter entsandten die Sozialistische Partei Lettlands (SPL), die Kommunistische Partei der Slowakei (KSS), die Kommunistische Partei Böhmens und Mährens (KSCM – Tschechische Republik) und die AKEL.

⁴ Am Berliner Treffen der Vorsitzenden europäischer Linksparteien waren beteiligt: Kommunistische Partei (PC – Belgien), SF, PDS, VAS, FKP, MdC, SYN, KKE, Demokratische Linke (DL – Irland), PRC, SP, SV, KPÖ, PCP, VP, PdAS, IU, IC/V, AKEL und GUE/NGL.

⁵ Den gemeinsamen Wahlaufzur zu den Europawahlen von 1999 unterzeichneten: PC, PDS, FKP, SYN, PRC, KPÖ, PCP, SP, VP, PdAS, IU, IC/V und AKEL.

⁶ Am Berliner Treffen zur Gründung einer Partei der Europäischen Linken nahmen teil:

Als Unterzeichner des Gründungsaufzur:

PDS, ESDTP, FKP, SYN, PRC, Die Linke (DL – Luxemburg), KPÖ, KSS, IU, KSCM und Partei des Demokratischen Sozialismus (SSD – Tschechische Republik).

Als Beobachter: PdCI, PCP und AKEL

Als Gäste:

VAS, Partei für Gleiche Rechte (ERP – Lettland), SP, SV und Demokratische Volkspartei (DEHAP – Türkei).

Die Gründung der Partei der Europäischen Linken ist somit die logische Konsequenz aus über einem Jahrzehnt enger, konstruktiver und vertrauensvoller Zusammenarbeit der Parteien der transformatorischen Linken Europas im Netzwerk NELF, in der Fraktion GUE/NGL und in weiteren internationalen Zusammenhängen.

Aus der Vielzahl der Gründe, die heute für das Projekt der EL sprechen, schälen sich zwei Hauptmotive heraus: Zum einen genügt den Parteien, die sich für die Mitgliedschaft in der EL entschieden haben, heute die lose, relativ unverbindliche Zusammenarbeit in Netzwerk und konföderaler Parlamentsfraktion nicht mehr. Sie haben gemeinsam ein starkes Bedürfnis, die Kräfte zu bündeln, um den Gang der europäischen Dinge stärker zu beeinflussen. Zum anderen soll die EL für die zunehmend aktiveren sozialen und Friedensbewegungen in Europa ein attraktiver, politisch und konzeptionell potenter Partner werden, der ihre Anliegen in die Parlamente tragen kann, der von ihnen Impulse erhält und ihnen Impulse vermittelt. Durch die Gründungsdokumente der Partei zieht sich als roter Faden, dass sie zu den Bewegungen ein Verhältnis von Gleich zu Gleich anstrebt, dass sich für sie jedweder Führungsanspruch, jedwedes Avantgarde-Streben unseligen Angedenkens von selbst verbieten.

Den Parteien der EL ist bewusst, dass sie das Feld linker Politik in Europa nicht allein beackern. Dies schon allein deshalb, weil eine Reihe ihrer Mitglieder auch in anderen linken Zusammenhängen aktiv sind. So beteiligen sich mehrere von ihnen an den internationalen Treffen kommunistischer und Arbeiterparteien, die die KP Griechenlands in Abständen von mehreren Jahren regelmäßig nach Athen einberuft.⁷ Auch in der Europäischen Antikapitalistischen Linken (EAL), einer Vereinigung von Linksparteien mit trotzkistischem Einschlag, die im Jahre 2000 in Lissabon gegründet wurde, arbeiten einzelne Bestandteile von EL-Parteien mit.⁸ Dies ist die Realität, der die Partei der Europäischen Linken sich stellt. In ihrem Statut wird die Zugehörigkeit von Mitgliedsparteien zu anderen Zusammenschlüssen – auch außerhalb Europas – ausdrücklich zugelassen.⁹

Die Partei der Europäischen Linken ist Realität

Der Gründungskongress der EL fand am 8. und 9. Mai 2004 in Rom statt. Ca. 200 Delegierte von 19 Parteien aus 15 Ländern Europas nahmen daran teil. Anwesend waren Gastdelegationen von 23 linken Parteien aus aller Welt. Dieser bedeutsame Akt wurde demokratisch, würdig und in einer begeisternden Atmosphäre vollzogen. Der Kongress beschloss einmütig die Gründung der Partei. Er verabschiedete mit wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen Programm und Statut sowie ein Finanzkonzept der Organisation. Erster Vorsitzender wurde Fausto Bertinotti (PRC – Italien), Schatzmeister Pedro Marset (Vereinigte Linke – IU – Spanien). Für diese Funktionen gilt das Rotationsprinzip. Die Mitgliedsparteien entsandten je eine Vertreterin und einen Vertreter in den Vorstand der Partei, die der Kongress einstimmig bestätigte. Die IU wird noch fehlende Namen nachmelden. Die Nominierung der VertreterInnen der FKP wird nach der in dieser Partei traditionellen Mitgliederbefragung erfolgen. Zum ersten Mal in ihrer Geschichte nach 1989 verfügt die Linke Europas damit über eine gemeinsame Organisation – ein wahrhaft historischer Augenblick.

Die EL hat nunmehr 15 Mitgliedsparteien.¹⁰ Gegenüber dem Berliner Treffen vom Januar 2004 kamen vier weitere Parteien hinzu. Drei Parteien erklärten sich zu Beobachtern.¹¹ Die

⁷ Z. B. PRC, KSS, Kommunistische Partei Spaniens (PCE), Arbeiterpartei (AP – Ungarn) und AKEL.

⁸ Dies betrifft PRC, DL und Vereinigte Alternative Linke (EuiA – Katalonien/Spanien).

⁹ Siehe Artikel 6, Absatz 2. In: <http://sozialisten.de/sozialisten/el/dokumente>

¹⁰ EL-Mitgliedsparteien sind:

PDS, ESDTP, FKP, SYN, PRC, KPÖ, die Sozialistische Allianzpartei (SAP – Rumänien), Rifondazione comunista San Marinos, PdAS, KSS, PCE, IU, EuiA, SDS und AP.

EL zählt bei ihrer Gründung mehr als 500 000 Mitglieder. Programm, Statut, Reden und Diskussionsbeiträge auf dem Gründungskongress weisen sie als demokratische, transparente, offene und emanzipatorische Linkspartei aus, die sich auf gemeinsame politische Aktionen für ein soziales, demokratisches, ökologisches, friedliches und weltoffenes Europa, auf enge, gleichberechtigte Zusammenarbeit mit anderen Linksparteien, Gewerkschaften, sozialen und Friedensbewegungen sowie Nichtregierungsorganisationen orientiert. Zugleich ist sie politisch nicht beliebig: innere Demokratie, Selbständigkeit der Parteien in ihrer nationalen Politik und Antistalinismus gehören zum Grundkonsens.

Während des ganzen Gründungsprozesses war es den beteiligten Parteien ein wichtiges Anliegen zu demonstrieren, in welchen Traditionen die EL von Anfang an stehen will: denen der Arbeiterbewegung (die Teilnehmer des Berliner Treffens reihten sich in den mächtigen Zug zu den Gräbern von Karl-Liebknecht und Rosa Luxemburg am 11. 1. 2004 in Berlin-Friedrichsfelde ein), des fortschrittlichen linken Denkens (der Gründungskongress besuchte das Grab Antonio Gramscis in Rom), des Antifaschismus (er gedachte der Opfer des Massakers der deutschen Faschisten bei den Adriatischen Höhlen), des Friedens (die Partei gründete sich am 8. Mai, dem Tag der Befreiung), des Antistalinismus und der Befürwortung eines sozialen, demokratischen, friedlichen Europas (der Bürgermeister von Rom empfing die Delegierten am 9. Mai im Rathaus der Stadt, wo die Gründungsverträge der Europäischen Gemeinschaft unterzeichnet wurden).

Die EL vereinigt die wichtigsten Parteien links von der Sozialdemokratie aus Süd-, West-, Mittel- und Osteuropa. Bedauerlicherweise gelang es bislang nicht, die skandinavischen Linksparteien in den Prozess einzubeziehen. Die kürzlich gegründete Nordische Grün-Linke Allianz (NGLA) entsandte den Parteisekretär der Sozialistischen Linkspartei (Norwegen) als Beobachter. Dies kann durchaus als Signal für Interesse und künftige Zusammenarbeit aufgefasst werden. Die Portugiesische Kommunistische Partei, die den Gründungsprozess mit großem Interesse begleitete, war als Gast anwesend, entschloss sich aber bisher nicht zu dem erwarteten Beobachterstatus. Dies dürfte vor allem mit der Furcht vor Fremdbestimmung ihrer nationalen Politik zusammenhängen. Weiße Flecken im Bereich der EU und assoziierter Länder sind weiterhin Großbritannien, Irland, Polen, Lettland, Litauen, Slowenien und Bulgarien.

Die Kommunistische Partei Böhmens und Mährens (KSCM – Tschechische Republik) beteiligte sich wegen innerer Kontroversen zur Europafrage (die Partei empfahl beim EU-Beitrittsreferendum mit Nein zu stimmen) erst in der letzten Zeit am Gründungsprozess. Bei der Mehrzahl ihrer Wünsche nach Abänderung des bereits unter den anderen Parteien abgestimmten Statutentwurfs konnten Kompromisse erzielt werden. Bis zu Tagungsbeginn ungeklärt blieb der Bezug auf die Geschichte der Linken in der Präambel des Statuts. Da darüber kein Konsens erreicht werden konnte, nahm die Delegation der KSCM an der Abstimmung über die Gründung der Partei nicht teil. Sie beteiligte sich jedoch bis zum Schluss an den Beratungen des Kongresses. Ihr Status ist gegenwärtig offen. In einer Pressemeldung aus Prag hieß es, man sei überzeugt, dass das Problem bis zum ersten Parteitag der EL gelöst werden kann.¹²

In der Vorbereitungsphase lebhaft diskutiert wurde die Idee, nicht nur die Mitgliedschaft von Parteien, sondern auch die von Einzelpersonen in der EL zuzulassen. Dadurch soll interessierten Menschen der Eintritt in die Partei ermöglicht werden, wenn sie in EU-Ländern ohne Mitgliedspartei der EL leben oder der Mitgliedspartei in ihrem eigenen Lande aus irgend einem Grunde nicht beitreten wollen. Da keine endgültige Einigung erzielt werden konnte, wurde im Statut festgelegt, diese Möglichkeit versuchsweise für den Zeitraum von zwei Jahren einzuräumen und nach gründlicher Auswertung eine endgültige Entscheidung

¹¹ EL-Beobachterparteien sind:
PdCI, DL und AKEL.

¹² Siehe "Halo Noviny", Zeitung der KPBM vom 10. 5. 2004.

zu treffen. Bis dahin soll jede Partei selbständig über das geeignete praktische Vorgehen in ihrem Lande entscheiden.¹³ Der Parteivorstand der PDS hat auf seiner Sitzung vom 17. 5. 2004 beschlossen, in Deutschland Einzelmitgliedschaft in der EL zuzulassen. Die ersten Interessenten haben sich bereits gemeldet.¹⁴

Nach dem erfolgreichen Gründungskongress steht jetzt die Schaffung der Voraussetzungen für eine rasche Aufnahme der praktischen Tätigkeit der EL im Vordergrund. Wie sich auf dem Gründungskongress bereits zeigte, wird sich das Leben der EL stets im Spannungsfeld von Entscheidungen der Leitungsgremien sowie Aktionen und Forderungen der Basisorganisationen und Mitglieder vollziehen. Unter letzteren besteht ein großes Bedürfnis nach Entwicklung von horizontalen Kontakten und Zusammenarbeit, das wir befriedigen und fördern müssen.

Zunächst gilt es, die für Ende Juni einberufene erste Tagung des EL-Vorstandes inhaltlich vorzubereiten und organisatorisch abzusichern. Aus den zahlreichen Vorschlägen des Kongresses ist ein Arbeitsplan für 2004 zu erstellen. Erster großer Schwerpunkt wird das aktive Auftreten der EL auf dem nächsten Europäischen Sozialforum im Oktober 2004 in London sein.

Die Partei der Europäischen Linken ist nicht unumstritten

Der gesamte Vorbereitungsprozess und besonders der Gründungskongress in Rom hat in der öffentlichen Debatte auch kritische Kommentare ausgelöst. Die Motive reichen von aufrichtiger Sorge um das weitere Zusammenwirken der Linkskräfte Europas bis zu grundsätzlicher Ablehnung des Projekts. Hier soll auf einige der häufigsten Argumente eingegangen werden.

Ein Vorwurf lautet, der Rahmen der EU sei zu eng. Wenn schon eine gemeinsame Partei, dann müsse sie den Linken ganz Europas offen stehen. Eine europäische Partei, die nicht die Kommunistische Partei der Russischen Föderation und andere Parteien Osteuropas einschlieÙe, verdiene diesen Namen nicht. Dann lieber gar keine europäische Linkspartei.

Hier sei zunächst auf die Losung hingewiesen, die auf den Wänden des Tagungssaales von Rom in vielen Sprachen zu lesen war: „Ce n'est qu'un début!“ – "Das ist nur der Anfang!" sprang es den Teilnehmern mit dem Schwung der Pariser Studenten von 1968 entgegen. Soll heißen: Da kommt etwas nach! Politisch und territorial. Die Partei der Europäischen Linken lässt daran keinen Zweifel. Heißt es doch in ihrem Programm: "Aus diesem Grunde werden die Europäische Union und darüber hinaus der ganze europäische Kontinent... zunehmend zu einem wichtigen Raum für alternative Politik." Aus Gründen des Pragmatismus und des Realismus ist für den ersten Schritt der Rahmen der EU und mit ihr assoziierter Staaten gewählt worden. Hier erfolgreich Neuland zu beschreiten ist schwer genug. Zum einen, weil bei weitem noch nicht alle Linksparteien Europas zu einem solchen Schritt bereit sind. Zum anderen, weil die Umbruchsituation, in der sich die EU gegenwärtig befindet (sie muss den Beitritt von 10 neuen Mitgliedstaaten verkraften und ist dabei, entscheidende Entwicklungslinien der Zukunft in einer Verfassung festzuschreiben) von der Linken eine enorme Konzentration der Kräfte und Anstrengungen erfordert, um bei dieser strategischen Weichenstellung ihren Einfluss geltend zu machen. Wird diese doch Auswirkungen auf ganz Europa haben. Zum Dritten schließlich, weil der Beitritt zu einer gemeinsamen Organisation mit allen Konsequenzen für das Selbstverständnis einiger

¹³ Siehe Artikel 7.

¹⁴ Die in Rom beschlossenen Grundsatzdokumente der EL, die Reden der PDS-Vertreter, die Liste der Vorstandsmitglieder und ein Presseecho auf den Gründungskongress können auf der PDS-website nachgelesen werden. Quelle wie in Anmerkung 9.

Parteien ein so unerhört tiefer, schwerwiegender Einschnitt ist, dass die Debatten darüber zuweilen zu echten Proben auf Stabilität und Reife gerieten. Und das in Parteien, die in Geschichte, politischer Kultur und Erfahrungen einander nahe sind. Noch größere Belastungen hätten den Zug bereits beim Anfahren aus dem Gleis werfen können.

Allerdings ist es in dieser Situation für die EL ein sehr reales Problem und eine wichtige Aufgabe, Wege einer engeren Zusammenarbeit mit solchen Linksparteien Europas zu bahnen, die vorläufig noch nicht beitreten können oder wollen. Dies gilt ebenso für Partner außerhalb des europäischen Kontinents. Die Globalisierung presst die Kontinente zusammen, stellt die Linken in aller Welt vor immer ähnlichere Probleme und Herausforderungen, die eine neue Qualität des Zusammenwirkens erfordern.

Auch die einzelnen Mitgliedsparteien der EL, die international stark vernetzt sind, werden ihre bilateralen Beziehungen in alle Himmelsrichtungen weiter pflegen. Die PDS jedenfalls ist entschlossen, ihre breiten Kontakte zu Partnern in aller Welt weiter zu entwickeln.

Ein anderer Vorwurf lautet, zur EL seien nur bestimmte Parteien zugelassen, insbesondere das kommunistische Element werde ausgegrenzt.

Der Gründungsprozess war von Anfang an offen und transparent angelegt. Zunächst fanden sich elf Parteien zusammen, die ein ernsthaftes Interesse an diesem Projekt bewegte. Jede Partei, die es als wichtig und zeitgemäß empfand, konnte mitwirken. Die Initiativparteien erarbeiteten sich auf sehr demokratische und kollegiale Weise eine politische Plattform (transformatorische Linke) und Grundprinzipien des Statuts (innerparteiliche Demokratie, Pluralismus). Die Plattform ist nicht vordergründig ideologisch angelegt, aber auch nicht beliebig. Inzwischen ist sie von den Delegierten des Gründungskongresses (jede Partei, ob groß oder klein, hatte zwölf geschlechterquotierte Mandate) mit großer Mehrheit beschlossen worden. Wer diese Grundlage akzeptiert, kann beitreten.

Ausgrenzung des kommunistischen Elements? Eine ganze Reihe Mitglieds- und Beobachterparteien der EL definieren sich kommunistisch und würden sich verbitten, ihnen das abzusprechen. Andere haben ein anderes Selbstverständnis. In der EL ist Toleranz angesagt. Sie ist auch für neu entstehende nichtkommunistische Linksparteien offen. Und schließlich haben die 22 Parteien bzw. Bewegungen, die als Gäste am Gründungskongress teilnahmen, lebhaftes Interesse kommunistischer und anderer Linker aus aller Welt an der EL demonstriert.¹⁵

Besonders hart soll offenbar der Vorwurf treffen, die EL sei eigentlich keine Initiative der beteiligten Parteien, sondern ein Werkzeug der Europäischen Union, das den Widerstand der Linken Europas gegen die EU brechen soll. Dabei wird meist Bezug genommen auf Artikel 191 des EU-Vertragswerkes und auf die „Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Regelungen für politische Parteien auf europäischer Ebene und ihre Finanzierung“.

Scharf angegriffen wird die Formulierung des genannten Artikels 191: „Politische Parteien leisten einen Beitrag zur Herausbildung europäischen Bewusstseins.“ Dazu ist zu sagen: Die EL ist keine antieuropäische Partei. In ihrem Statut heißt es unmissverständlich, dass sie

¹⁵ Folgende Parteien und Organisationen nahmen als Gäste am Gründungskongress der EL teil: Kommunistische Partei von Brasilien (PCdoB), Partei der Werktätigen (PT – Brasilien), Rot-Grüne Allianz (Dänemark), DKP, Respect (Großbritannien), Kommunistische Partei Finnlands, Kommunistische Partei Israels, Yachad (Israel), Attac (Italien), Japanische Kommunistische Partei, Kommunistische Partei Kolumbiens, Kommunistische Partei Kubas, Libanesisch-Kommunistische Partei, Partei des Fortschritts und des Sozialismus (PPS – Marokko), Vereinigte Sozialistische Linke (GSU – Marokko), Demokratische Koalition Palästinas, PLO, PCP, Linksblock (Portugal), Nordische Grün-Linke Allianz (NGLA), Ungarisches Sozialforum, Kommunistische Partei Venezuelas und Antikapitalistische Linke (Venezuela).

"die Herausbildung einer europäischen Identität entsprechend ihren Werten und Zielen aktiv unterstützt".¹⁶ Es wurden Werte und Ziele formuliert, die links definiert sind und mit denen des Großkapitals nichts gemein haben.

Die genannte "Verordnung" legt fest, dass Parteien auf europäischer Ebene sich bei EP und Kommission registrieren lassen sowie auf der Grundlage des geltenden europäischen Rechts bewegen müssen. Das sind Anforderungen, die jede politische Partei erfüllen muss, die in ihrem Lande legal politisch tätig werden will. Auch die eifrigen Kritiker des Projekts der EL erfüllen sie. Die Versuche, hier grundsätzliche Unterschiede zwischen nationalem und europäischem Recht zu konstruieren, muten reichlich scholastisch an. Die PDS jedenfalls verwarft sich in Deutschland dagegen, vom Verfassungsschutz gelegentlich als verfassungsfeindlich hingestellt zu werden.

Im Grunde suggerieren die Kritiker, das Bekenntnis zur Rechtsgrundlage der EU schließe politische Gegnerschaft gegen die herrschende Politik aus, mache die EL automatisch zur Befürworterin der heutigen Entwicklungsrichtung der EU. Ein Blick in die Gründungsdokumente der EL beweist das Gegenteil. War es doch nachgerade ein Gründungszweck der Partei, den Widerstand gegen den neoliberalen, militaristischen Kurs der EU zu bündeln und damit wirksamer zu machen.

Den Initiatoren der EL wird weiter unterstellt, sie seien nur auf diese Idee verfallen, weil es von der EU für europäische Parteien Geld geben wird, sie verkauften gleichsam ihre Seele an die imperialistische EU. Dafür steht das schlimme Wort von der „Euro-Partei“.

Wie ist es um die Finanzierung der EL in der Tat bestellt? Zunächst wird die „Verordnung“ zum ersten Mal eine transparente Regelung der Parteifinzen auf europäischer Ebene in Kraft setzen. Bisher bedienten sich die seit langem bestehenden europäischen Parteien der anderen politischen Richtungen mehr oder weniger offen aus den Geldern der Fraktionen des EP, was eigentlich verboten war. Die PDS hat auch in Deutschland zugestimmt, dass die Bestimmungen über die Parteienfinanzierung schärfer, klarer und transparenter gestaltet werden. Warum sollte sie auf europäischer Ebene dagegen sein?

Im praktischen Leben der EL werden die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Die bescheidenen Summen, die möglicherweise genutzt werden können, werden nach Größe und Stimmenanteil der einzelnen Parteien bei den Europawahlen verteilt. Die bisherigen Stimmenanteile der Linken sind bekannt. Um als europäische Partei anerkannt zu werden, sind bestimmte Kriterien zu erfüllen: Eine europäische Partei muss aus Parteien bestehen, die in mindestens 7 Staaten der Union (einem Viertel der Gesamtzahl) mit Abgeordneten des EP, der nationalen oder regionalen Parlamente vertreten sind – für die Linke ein ausgesprochenes Kampfziel.

Fest steht, dass die EL Anstrengungen zur Mobilisierung eigener Mittel unternehmen muss, denn ihre politische Wirksamkeit wird auch von der finanziellen Ausstattung abhängen. Das auf dem Gründungskongress angenommene Finanzstatut nennt drei Finanzquellen: erstens Mittel der EU, die sie nicht ablehnen, sondern transparent verwenden wird, wobei politische Auflagen nicht akzeptiert werden; zweitens Mitgliedsbeiträge und drittens Spenden. Hier Konkretes zu beschließen ist eine der dringenden Aufgaben des neuen Parteivorstandes.

Immer wieder wird die Befürchtung laut, die EL könnte die nationalen Parteien liquidieren, es ihnen zumindest erschweren, den Schwerpunkt der politischen Arbeit auch weiterhin im eigenen Lande zu setzen.

¹⁶ Artikel 5, Quelle wie Anmerkung 9.

Unter den Mitgliedsparteien ist Konsens, dass die EL eine neue Qualität der Zusammenarbeit der Linken in der Europapolitik bringen, auf europäischer Ebene Alternativen anbieten, propagieren und politisch realisieren soll. Die nationale Politik dagegen verbleibt voll in der Entscheidung und Verantwortung der einzelnen Mitgliedspartei. Die Achtung der Selbständigkeit jeder Partei ist für die EL ein hohes Gut. Auf der europäischen Ebene aber soll sie als wirkliche Partei, als eigenständiges politisches Subjekt auftreten. Hier wird in der Tat eine neue Qualität gegenüber den bisherigen Formen der Zusammenarbeit wie GUE/NGL und NELF angestrebt. Die EL will sich auch nicht mit der Rolle eines Dachverbandes begnügen, der die Aktionen nebeneinander handelnder Parteien lediglich koordiniert. Sie soll eine Partei sein, die durch ihre Mitglieder lebt, kein bloßes Sammelbecken einzelner Parteien und Organisationen. Sie wird eine Partei mit einer gemeinsamen Leitungsstruktur, einem Vorsitzenden, einem Rat der Vorsitzenden und einem Vorstand darstellen. Das Besondere besteht darin, dass dort Entscheidungen im Konsens gefunden und getroffen werden müssen.

Mancher hat auch Bedenken, dass mit der Gründung der EL solche gewachsenen Formen linker Zusammenarbeit in Europa wie GUE/NGL und NELF beeinträchtigt oder gar überflüssig werden könnten. Das soll nach übereinstimmendem Willen der Mitgliedsparteien der EL nicht geschehen. Diese Formen sollen bestehen bleiben und sich weiter profilieren.

Die Fraktion GUE/NGL war stets das Instrument der parlamentarischen Arbeit und kein Ersatz für Parteibeziehungen. Diese wurden auch bisher nicht über die Fraktion realisiert. Der konföderale Charakter der Fraktion ermöglicht einerseits eine größere politische Breite, als sie die EL derzeit erreichen könnte, setzt aber dem gemeinsamen Handeln auch Grenzen, da die Unterschiede in Grundfragen zum Teil beträchtlich sind. Der EL sind Parteien beigetreten, die mehr Übereinstimmung im Handeln herstellen wollen, als in der Fraktion möglich ist. Sicher wird eine aktive EL auch auf die Arbeit der Fraktion Auswirkungen haben. Aber die Fraktion GUE/NGL, wenn sie in dieser Form nach der Europawahl 2004 wieder entsteht, wird nicht die Fraktion der EL sein.

Das NELF bleibt ein Netzwerk, dessen Vorzug auch weiterhin darin bestehen wird, dass es regelmäßig linke Analyse und Meinungsbildung wesentlich über den Kreis der EL hinaus betreibt. Es hat ein großes Potential, noch stärker und breiter in die Organisationen und Netzwerke der Zivilgesellschaft des ganzen europäischen Kontinents hineinzuwirken. Die PDS wird sich weiter aktiv an seiner Arbeit beteiligen.

* * *

Die Partei der Europäischen Linken ist weder Produkt einer imperialistischen Verschwörung, ein Werkzeug der EU, noch ein Spaltpilz. Sie ist das Ergebnis langjähriger Erfahrungen eines Teils der europäischen Linken mit den bisherigen Formen und Ergebnissen ihrer Zusammenarbeit, die ihnen heute nicht mehr ausreichend und zeitgemäß erscheinen. Sie ist ein Schritt von historischen Dimensionen. Aber die Beteiligten betreten unerforschtes Neuland. Sie werden Erfahrungen sammeln und manches Lehrgeld zahlen müssen. Die EL ist offen für weitere Parteien, die sich ihrer demokratisch beschlossenen programmatischen Grundlage anschließen wollen. Sie hat sich auf einen viel versprechenden Weg begeben, auf dem die Chancen die Risiken überwiegen.¹⁷

¹⁷ Weitere Infos siehe Disput Nr. 4,5 und 6/2004.